

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten David Petereit, Fraktion der NPD**

**Personenkontrollen im Umfeld des Thinghauses am 03.03.2012**

**und**

## **ANTWORT**

**der Landesregierung**

Die Kleine Anfrage nimmt Bezug auf die Drucksache 6/425. Hierzu habe ich einige Nachfragen.

1. Welche Gefahren bestanden für die öffentliche Sicherheit und Ordnung?

Es bestand die Gefahr der Begehung von Straftaten.

2. Waren Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu erwarten?  
Und wenn ja, welche und warum?

Ja.

Der Polizei lagen Erkenntnisse vor, dass am 03.03.2012 eine Veranstaltung mit dem Auftritt von Musikgruppen in Grevesmühlen beabsichtigt war. In diesem Zusammenhang war die Teilnahme von Personen der rechtsextremistischen Szene zu erwarten, die durch Begehung von Straftaten gemäß § 49 Ziffer 2 Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V) in Erscheinung getreten sind. Dies begründete die Gefahr der Begehung von Straftaten von erheblicher Bedeutung gemäß § 49 Ziffer 2 SOG M-V.

3. Inwieweit sollte die Erhebung von personenbezogenen Daten der Gefahrenabwehr dienlich sein, insbesondere bezogen auf die Art der vermeintlich präventiv bekämpften Straftaten?

Die Identitätsfeststellung diene zur Abwehr einer, in den Antworten zu Fragen 1 und 2 dargestellten, im einzelnen Falle bevorstehenden Gefahr.

4. Wurden bzw. werden die an dem Tag erhobenen personenbezogenen Daten gespeichert?  
Wenn ja, durch wen und wie lange?

Die erhobenen personenbezogenen Daten wurden durch die örtlich zuständige Polizeidienststelle gespeichert. Die Speicherdauer beträgt gemäß § 27 Absatz 3 SOG M-V maximal 3 Jahre. Nach jeweils einem Jahr, gerechnet vom Zeitpunkt ihrer Speicherung, ist zu prüfen, ob die Voraussetzungen einer weiteren Nutzung noch vorliegen.

5. Wurden die an dem Tag erhobenen personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben?  
Wenn ja, an wen, warum und wann?

Die durch die handelnden Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten erhobenen Daten wurden unverzüglich zur weiteren Verwendung an das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern übersandt.

6. Wie war die konkrete polizeiliche Lageerkennntnis, welche die Anordnung des Einsatzes rechtfertigte?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

7. Wie lange dauerte der Einsatz?

Der Einsatz erstreckte sich über einen Zeitraum von 14 Stunden.